

Eisenstadt, am 15. 11. 2011

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Gerhard Steier  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Entschließungsantrag

des Abgeordneten **Manfred Kölly**

betreffend Maßnahmen zur Unterbindung unlauterer Konkurrenz durch Dumpingangebote ausländischer Firmen im Burgenland.

Burgenländische Unternehmen stellen in letzter Zeit verstärkte Konkurrenz durch Dumpingpreisangebote aus dem benachbarten Ausland fest. Vor allem im Bau- und Baunebengewerbe bieten Firmen aus dem benachbarten Ausland Leistungen zu einem Bruchteil dessen an, was heimische Unternehmen vergleichsweise verlangen müssen.

Ein zentrales Problem stellt sich dahingehend, dass solche Firmen oft so genannte „Drückerkolonnen“ als „quasi Selbstständige“ beschäftigen, so dass sie Lohnnebenkosten sparen.

Die burgenländischen Unternehmen werden durch solche Konkurrenzangebote in mehrfacher Hinsicht geschädigt: sie verlieren Aufträge und damit Umsatz, was in weiterer Folge einen Verlust von Arbeitsplätzen nach sich zieht. Das führt zu einer Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Burgenland, damit auch zu sinkenden Einnahmen der öffentlichen Hand in Form von Kommunalsteuern und Einkommenssteuern.

Der unterfertigte Abgeordnete stellt daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert zusammen mit der österreichischen Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union initiativ zu werden, um

Mindestlöhne für bestimmte Branchen, wie das Bau- oder das Baunebengewerbe zu sichern und dies auch mit geeigneten Mitteln laufend zu überprüfen, sowie

eine geeignete Übergangsfrist von beispielsweise fünf Jahren zu benennen, innerhalb derer die oben genannten Maßnahmen durchzusetzen sind.

Manfred Kölly eh.